



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage Nr.: 2013/0891

Veranlasser / Verursacher:
SPD

Datum: 14.10.2013

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der SPD-Fraktion vom 14.10.2013 betr. Gesundheitszentrum in der Nordspitze des Landkreises Kassel

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Ausschuss für Soziales	30.10.2013		öffentlich
Ausschuss für Wirtschafts- und Strukturpolitik, Bau- und Verkehrswesen	31.10.2013		öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	04.11.2013		öffentlich
Kreistag	11.11.2013		öffentlich
Ausschuss für Soziales	26.11.2013		öffentlich
Ausschuss für Wirtschafts- und Strukturpolitik, Bau- und Verkehrswesen	28.11.2013		öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	02.12.2013		öffentlich
Kreistag	05.12.2013		öffentlich

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Kooperation mit den Gremien der Gesundheit Nordhessen Holding (GNH), niedergelassenen Ärzten, dem Carolinum, dem Klinikzentrum Lippoldsberg und ggfs. weiteren interessierten Leistungsanbietern im Bereich der Gesundheitsversorgung zu prüfen, wie die vorhandene medizinische Infrastruktur - insbesondere auch der Kreisklinik Bad Karlshafen-Helmarshausen - zu einem bedarfsgerechten medizinischen Gesundheitszentrum in der Nordspitze des Landkreises Kassel weiterentwickelt werden kann. Notwendigkeit und Kosten einer externen fachlichen Unterstützung durch unabhängige Gesundheitsexperten sind zu prüfen.

Dem Kreistag ist über die Ergebnisse und Zwischenergebnisse der Prüfung zu berichten.

Begründung:

Die Kreisklinik Helmarshausen kann nach Schließung der chirurgischen Abteilung durch den Vorstand der GNH nur noch mit einem stark eingeschränkten medizinischen Angebot weiter betrieben werden. Der Klinikbetrieb mit verringerter Patientenzahl ist nach Einschätzung der Geschäftsführung weiterhin defizitär. Ein nachhaltiges Konzept zur langfristigen Bestandssicherung ist bisher nicht erkennbar.

Es sollte deshalb eine neue Organisationsstruktur aufgebaut werden, um eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung in der Nordspitze des Landkreises auf einer soliden wirtschaftlichen Grundlage dauerhaft sicherzustellen. Dabei sind auch regionalwirtschaftliche und arbeitsmarktliche Aspekte angemessen zu berücksichtigen.

Ziel der SPD-Fraktion ist es, unterschiedliche wirtschaftliche Interessen in einem vom Kreisausschuss moderierten Beteiligungsprozess zusammenzuführen und in sinnvollen Kooperationsstrukturen zu bündeln.

Gottschalck
Fraktionsvorsitzende

Anlage/n:

2013_0891_Anlage1
2013_0891_Anlage2
2013_0891_Anlage3
2013_0891_Anlage4

Anlagenbeschreibung

Anlage 1: Antrag der SPD-Fraktion vom 14.10.2013

Anlage 2: Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2013

Anlage 3: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, B90/GRÜNE, FW und dem Kreistagsabgeordneten Spohr vom 26.11.2013

Anlage 4: Modifizierter gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, B90/GRÜNE, FW und dem Kreistagsabgeordneten Spohr eingebracht am 02.12.2013